REPUBLIK ITALIEN

IM NAMEN DES ITALIENISCHEN VOLKES

DER RECHNUNGSHOF

RECHTSPRECHUNGSSEKTION BOZEN

bestehend aus den Richtern:

Enrico MARINARO	Präsident
Francesco TARGIA	Rat
Anna ZANELLA	Referendar-Berichterstatter

erlässt folgendes

URTEIL

in dem unter Nr. 2606 des Kanzleiregisters eingetragenen Verfahren zur Rechnung des Rechnungsführers in seiner Eigenschaft als Verwahrer der von der Gemeinde Völs am Schlern gehaltenen Gesellschaftsbeteiligungen – Geschäftsjahr 2023, vom Bürgermeister, OTHMAR STAMPFER, vorgelegt;

nach Einsicht in die Akten und verfahrensgegenständlichen Unterlagen;

nach Anhörung bei der öffentlichen Verhandlung vom 10. Dezember 2025, mit dem Beistand des Sekretärs Frau Dr. Ombretta Ricoldo, des Berichterstatters, Referendar Anna Zanella, des Vertreters der Staatsanwaltschaft in Person des stellvertretenden Generalstaatsanwalts Marzia Sulzer und des Rechtsanwalts Lukas Harder;

SACHVERHALT UND RECHTSERWÄGUNGEN

1. Der Instruktionsrichter Richter hat mit Bericht Nr. 42/2025, die unter Nummer 2606 des Kanzleiregisters eingetragene Rechnung des Rechnungsführers in seiner Eigenschaft als Verwahrer der Gesellschaftsbeteiligungen für das Geschäftsjahr 2023, gemäß den Artikeln 145 und 147 der Prozessordnung des Rechnungshofs, zur Prüfung an den Richtersenat verwiesen.

Insbesondere hat er darauf hingewiesen, dass bei der Angabe des Wertes der Gesellschaftsbeteiligungen auf den Nominalwert Bezug genommen worden war und nicht auf das Nettovermögen.

Abschließend hat er die fehlende Übereinstimmung zwischen dem Verzeichnis der in der Rechnung angegebenen Beteiligungen und der vollständigen Liste der Beteiligungen aufgezeigt.

2. Die Regionale Staatsanwaltschaft schloss sich im Zuge ihrer Schlussfolgerungen den vom Instruktionsrichter geäußerten Bedenken an und beantragte weitere Ermittlungen zur Feststellung des tatsächlichen Datums der gerichtlichen Rechnungslegung; hilfsweise, die Rechnung für regelwidrig zu erklären, wobei der vom DPR Nr. 194/1996 vorgesehene Vordruck 22 als einziges Muster für die Abrechnung angegeben wird.

Insbesondere wurden Bedenken hinsichtlich des auf beiden Rechnungen angebrachten Sichtvermerks über die Ordnungsmäßigkeit sowie in Bezug auf den Inhalt des Beschlusses des Gemeindeausschusses Nr. 162/2024 geäußert; hilfsweise wurde hervorgehoben, dass die Rechnung auch in Bezug auf die Bewertung der Beteiligungen nicht ordnungsgemäß zu sein scheint, da die Werte nach dem Nennwert- und nicht nach dem

Vermögenskriterium ausgewiesen wurden, und, dass dieselbe die von der Gemeinde gehaltenen Beteiligungen nicht vollständig anführt.

3. Mit Schriftsatz vom 01.12.2025 hat der Bürgermeister der Gemeinde Völs am Schlern vorgebracht, dass: i) die Angabe der von der Gemeinde gehaltenen Beteiligungen zum Nominalwert zum einen darauf zurückzuführen ist, dass keine ausdrücklich anderslautenden normativen Bestimmungen bestehen und auch aus dem Formblatt 22 des DPR 194/1996 keine eindeutigen anderslautenden Angaben entnommen werden können, in Übereinstimmung, unter anderem, auch mit den Auskünften des Gemeindenverbandes; ii) die Angabe nur der Beteiligungen an Aktiengesellschaften in der Rechnung auf die wörtliche Anwendung des Begriffs „Aktien" im oben genannten Formular 22 zurückzuführen ist. Angesichts der obigen Darstellungen wurde die Entlastung von den erhobenen Vorwürfen beantragt und unter anderem eine Excel-Datei eingebracht, in der alle von der Gemeinde gehaltenen Beteiligungen mit Bezug auf den Wert des Nettovermögens aufgelistet wurden und es wurde erklärt, dass man für die zukünftigen Geschäftsjahre die Hinweise dieses Rechnungshofes berücksichtigen wird.

4. Im Anlassfall ist der Richtersenat der Ansicht, dass das Verfahren unter Anwendung des juristisch geprägten Kriteriums der sog. „*ragione più liquida*" entschieden werden kann, d.h., dass dem offensichtlicheren und naheliegenderen Grund Vorrang eingeräumt werden muss, um eine unmittelbare Beendigung des Verfahrens zu gewährleisten.

5. Aus dieser Perspektive betrachtet, betrifft die vorrangige Frage die Verfolgbarkeit einer vom Gemeindesekretär gebilligten gerichtlichen Rechnungslegung in Bezug auf die Gesellschaftsbeteiligungen.

In ihrem Schlussschriftsatz hat die Staatsanwaltschaft Zweifel an der Rechtmäßigkeit des vom Gemeindesekretär auf der Rechnung angebrachten Sichtvermerks über die Ordnungsmäßigkeit geäußert, da diese Aufgabe, in der Regel, in lokalen Körperschaften dem Verantwortlichen des Finanzdienstes zugewiesen ist.

Die Staatsanwaltschaft hat außerdem hervorgehoben, dass der Beschluss des Gemeindeausschusses Nr. 162 vom 8. April 2024 über die Genehmigung der Rechnungen der Rechnungsführer für das Finanzjahr 2023 (darunter auch die Rechnung der Gebarung des Aktienverwahrers) das buchhalterische Gutachten einer Person enthält, die nicht mit dem Gemeindesekretär übereinstimmt.

Dies vorausgeschickt, stellt der Richtersenat fest, dass die mit Beschluss des Gemeinderats Nr. 41/2017 genehmigte Ordnung über das Rechnungswesen dem Gemeindesekretär die Befugnis überträgt, den Verantwortlichen des Finanzdienstes zu ersetzen, jedoch unter zwei Bedingungen: Abwesenheit oder Verhinderung des Verantwortlichen des Finanzdienstes und Fehlen eines Beschlusses des Gemeindeausschusses zur Ernennung eines anderen Verantwortlichen des Finanzdienstes.

Angesichts der spezifischen Vorhaltungen der Staatsanwaltschaft wurde von der Gemeinde durch ihren Verteidiger in der ersten nachfolgenden nützlichen Verteidigung, d.h. während der Verhandlung, keine

Stellungnahme abgegeben, auch nicht in Bezug auf eine mögliche Abwesenheit und/oder Verhinderung des zuständigen Verantwortlichen oder das mögliche Fehlen eines Beschlusses des Gemeindeausschusses zur Ernennung eines anderen Verantwortlichen für den Finanzdienst, wie aus dem Verhandlungsprotokoll hervorgeht.

Es muss unterstrichen werden, dass Tatsachen, die nicht Gegenstand einer spezifischen Vorhaltung sind, gemäß dem allgemeinen Grundsatz der Nichtbestreitung gemäß Art. 115 ZPO die Grundlage für die Entscheidung des Richters bilden können und müssen, der auch im Verfahren vor dem Rechnungshof als Ausdruck eines allgemeinen Grundsatzes (Art. 7, Absatz 2, Prozessordnung des Rechnungshofs) Anwendung findet.

6. Aus den obigen Ausführungen geht hervor, dass die vom Bürgermeister der Gemeinde Völs am Schlern, Othmar Stampfer, für das Geschäftsjahr 2023 vorgelegte gerichtliche Rechnungslegung für unverfolgbar zu erklären ist.

Da keine Verurteilung erfolgt ist, besteht kein Anlass, über die Kosten zu entscheiden.

AUS DIESEN GRÜNDEN

erklärt der Rechnungshof, Rechtsprechungssektion Bozen die eingangs genannte gerichtliche Rechnungslegung für unverfolgbar.

Ohne Kostenentscheidung.

So entschieden in nichtöffentlicher Sitzung am 10. Dezember 2025.

Der Verfasser des Urteils **Der Präsident**

Anna Zanella	Enrico Marinaro
(*digital unterzeichnet*)	(*digital unterzeichnet*)
Im Sekretariat mittels Hinterlegung am	*veröffentlicht.*

30/12/2025
Die hoehere Beamtin
Tamara Mosconi
(digital unterzeichnet)

Sentenza 124/2025

REPUBBLICA ITALIANA

IN NOME DEL POPOLO ITALIANO

LA CORTE DEI CONTI

SEZIONE GIURISDIZIONALE DI BOLZANO

composta dai magistrati:

Enrico MARINARO	Presidente
Francesco TARGIA	Consigliere
Anna ZANELLA	Referendario-relatore

ha pronunciato la seguente

SENTENZA

nel giudizio iscritto al n. 2606 del registro di segreteria sul conto dell'agente contabile in qualità di consegnatario delle partecipazioni societarie del Comune di Fiè allo Sciliar – Esercizio finanziario 2023, reso dal Sindaco, OTHMAR STAMPFER;

VISTI gli atti e i documenti di causa;

UDITI, nella pubblica udienza del 10 dicembre 2025, con l'assistenza del segretario, dott.ssa Ombretta Ricoldo, il relatore, Referendario Anna Zanella, il rappresentante del Pubblico Ministero in persona del Sostituto Procuratore generale Marzia Sulzer e l'avv. Lukas Harder;

F A T T O e D I R I T T O

1. Con relazione n. 42/2025 il magistrato designato all'esame del conto dell'agente contabile in qualità di consegnatario delle partecipazioni

societarie, per l'esercizio 2023, ed iscritto al n. 2606 del registro di segreteria, ha rimesso al Collegio, ai sensi degli artt. 145 e 147, del c. g. c., l'esame dello stesso.

In particolare, ha fatto presente che nell'esposizione del valore delle partecipazioni si era fatto riferimento al valore nominale, anziché al patrimonio netto.

Ha segnalato, in ultimo, la mancata corrispondenza tra l'elenco delle partecipazioni indicate nel conto e l'elenco completo delle partecipazioni.

2. La Procura regionale, in sede di conclusioni, condividendo le perplessità segnalate dal Magistrato istruttore, ha chiesto disporsi ulteriori approfondimenti istruttori in merito all'accertamento delle data effettiva del conto giudiziale; in subordine, dichiararsi il conto irregolare, indicando quale unico schema di conto il modello 22 previsto dal DPR n. 194/1996.

In particolare, ha evidenziato perplessità in ordine al visto di regolarità apposto su entrambi i conti nonché in ordine al contenuto della delibera della Giunta comunale n. 162/2024; in subordine, ha evidenziato che il conto appare irregolare anche con riferimento alla valorizzazione delle partecipazioni, essendo i valori esposti secondo il criterio del valore nominale e non secondo il criterio del patrimonio netto e che lo stesso non riporta in modo completo tutte le partecipazioni detenute dal Comune.

3. Con memoria del 01.12.2025 il Sindaco del comune di Fiè allo Sciliar faceva presente che: i) l'indicazione delle partecipazioni del Comune al valore nominale è da ricondurre, da un lato, al fatto che non esistono disposizioni normative espressamente contrarie e che anche dal modello 22

del DPR 194/1996 non è possibile ricavare indicazioni di segno contrario, in conformità, tra l'altro, a quanto indicato anche dal Consorzio dei Comuni; ii) l'indicazione nel conto delle sole partecipazioni in società per azioni è dovuta all'applicazione letterale del termine "azioni" nel predetto modulo 22. In considerazione di quanto sopra ha chiesto il discarico dalle contestazioni sollevate, producendo tra l'altro un file excel contente tutte le partecipazioni del Comune con riferimento al valore del patrimonio netto e precisando che per gli esercizi futuri si terrà conto delle indicazioni fornite dalla Corte dei conti.

4. Nella fattispecie in esame il Collegio ritiene di poter definire il giudizio attraverso l'applicazione del criterio di matrice giurisprudenziale della "ragione più liquida", nel senso che occorre dare priorità alla ragione più evidente, più pronta, che garantisca così l'immediata definizione del processo.

5. In base a tale prospettiva, la questione assorbente riguarda la procedibilità di un conto giudiziale relativo alle partecipazioni societarie parificato dal Segretario Comunale.

Ebbene, nella propria memoria conclusiva la Procura ha sollevato dei dubbi in ordine alla legittimità del visto di regolarità apposto sul conto da parte del Segretario comunale in quanto tale funzione, di norma, negli enti locali è attribuita al Responsabile del Servizio Finanziario.

La Procura ha evidenziato poi che la delibera della Giunta comunale n. 162 dell'8 aprile 2024, relativa all'approvazione dei conti degli agenti contabili per l'esercizio finanziario 2023 (tra cui figura anche il conto della gestione

del consegnatario di azioni), riporta il parere contabile di un soggetto diverso dal Segretario comunale.

Ciò posto, rileva il Collegio che il regolamento di contabilità approvato con delibera del Consiglio comunale n. 41/2017, conferisce al Segretario comunale un potere di sostituzione del responsabile del servizio finanziario, sottoponendolo però, a due condizioni: assenza o impedimento del responsabile del servizio finanziario e assenza di una deliberazione di giunta di nomina di altro responsabile del servizio finanziario.

Ebbene, a fronte delle specifiche eccezioni della Procura, nessuna presa di posizione, anche in relazione a una eventuale assenza e/o impedimento del responsabile competente o all'eventuale assenza di una deliberazione di giunta di nomina di altro responsabile del servizio finanziario, è stata presentata dal Comune, per il tramite del proprio difensore, nella prima difesa utile successiva, ossia in sede di discussione, come si desume dal verbale d'udienza.

Non è, invero, inutile ricordare che i fatti non oggetto di specifica contestazione possono, e devono, essere posti alla base della decisione del giudice in virtù del generale principio di non contestazione di cui all'art. 115 c.p.c., che trova ingresso anche nel processo contabile in quanto espressione di principio generale (art. 7, comma 2, c.g.c.).

6. In considerazione di quanto sopra, il Collegio ritiene di dover dichiarare improcedibile il conto giudiziale reso dal Sindaco del Comune di Fiè allo Sciliar, Othmar Stampfer, per l'esercizio 2023.

In assenza di condanna non vi è luogo a provvedere sulle spese.

PQM

La Corte dei conti, Sezione giurisdizionale di Bolzano, dichiara improcedibile il conto giudiziale in epigrafe.

Nulla per le spese.

Così deciso nella camera di consiglio del 10 dicembre 2025.

L'estensore	**Il presidente**
Anna Zanella	Enrico Marinaro
(firmato digitalmente)	(firmato digitalmente)

Pubblicata mediante deposito in segreteria il giorno 30.12.2025

Per la traduzionenla traduttrice presso la Sezione giurisdizionale della Corte dei conti– sede di Bolzano

4